Pressemitteilungen

Markus Blume und Judith Gerlach zur Diskussion um Medizinstudienplätze: „Karl Lauterbach verzerrt die Fakten – Bund lässt Länder am Tropf hängen“

15. April 2024

Bund ist nicht bereit sich an der Finanzierung zusätzlicher Medizinstudienplätze zu beteiligen – Bayern schafft aus eigener Kraft 2.700 Studienplätze

MÜNCHEN. Bayerns **Wissenschaftsminister Markus Blume** und **Gesundheitsministerin Judith Gerlach** haben die pauschale Kritik von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach an den Ländern im Zusammenhang mit dem erwarteten Ärztemangel in Deutschland zurückgewiesen.

Wissenschaftsminister **Markus Blume** betonte: „Karl Lauterbach verzerrt die Fakten: Die Länder tun alles in ihrer Macht Stehende, um dem Ärztemangel entgegenzutreten und die Versorgung in der Fläche zu stabilisieren. Ich würde mir wünschen, dass sich die Bundesregierung ihrer eigenen Verantwortung bewusst wird, statt alles an die Länder zu überweisen. Die richtige Diagnose ist doch genau umgekehrt: Wir werden völlig im Stich gelassen. Es ist der Bund, der uns Länder am Tropf hängen lässt und nicht bereit ist, zusätzliche Medizinstudienplätze aus Bundesmitteln zu unterstützen. Die Medizinstudienplätze finanzieren ganz allein die Länder mit rund 275.000 Euro pro Studienplatz Und auch an der neuen Approbationsordnung will sich der Bund nicht beteiligen. Sie wird die Länder zusätzlich im Bereich von mehreren hundert Millionen Euro belasten. Das ist ohne Unterstützung nicht zu stemmen. Gerade erst hat der Bund mit der Krankenhaustrukturreform, die Axt an die medizinische Versorgung im ländlichen Raum angelegt. Das beschert uns Probleme an allen Ecken und Enden. Und jetzt sollen die Länder ein weiteres Mal die Suppe auslöffeln.“

Gesundheitsministerin **Judith Gerlach** betonte: „Lauterbach ignoriert bei seiner Pauschalkritik an den Ländern, dass sein Vorschlag zur Mitfinanzierung von zusätzlichen Medizinstudienplätzen durch den Gesundheitsfonds völlig systemfremd ist. Es ist gerade nicht Aufgabe der Gesetzlichen Krankenversicherung und damit der Beitragszahler, Studienplätze zu finanzieren! Wenn er tatsächlich einen weiteren Ausbau von Studienplätzen forcieren will, dann müssten nicht Beitrags-, sondern Steuermittel eingesetzt werden – beispielsweise durch eine entsprechende Erhöhung des Bundeszuschusses zum Gesundheitsfonds. Bayern hat im Übrigen bereits gehandelt und wichtige Schritte insbesondere gegen den Landarzt-Mangel unternommen. So fördern wir mit unserem Stipendienprogramm ab dem dritten Studienjahr Medizinstudierende, die sich verpflichten, nach ihrem Studium für eine bestimmte Zeit als Hausärztin bzw. Hausarzt im ländlichen Raum zu arbeiten. Die Studentinnen und Studenten erhalten aktuell 600 Euro pro Monat für maximal vier Jahre. Durch diese Maßnahme wurden mittlerweile 301 Medizinstudierende mit einem Stipendium unterstützt.“

Minister **Blume** weiter: Kein Land tut für die Medizinerausbildung so viel wie der Freistaat: 2.700 zusätzliche Studienplätze, flächendeckende Ausbildung in allen Regierungsbezirken, ein neues Uniklinikum, nahezu ein Fünftel der Studienanfänger studiert in Bayern. Das ist bundesweit einmalig. Und mit unseren innovativen Campusmodellen in Oberfranken und Niederbayern sorgen wir für

Medizin-Nachwuchs in allen Regionen. Wir müssen doch die medizinische Versorgung in der Fläche stabilisieren – und nicht demontieren. Bayern macht das aus eigner Kraft.“

Ministerin **Gerlach** ergänzte: „Zudem haben wir als eines der ersten Bundesländer im Jahr 2020 die Landarztquote eingeführt. Dadurch kann man in Bayern auch ohne Einser-Abitur Medizin studieren. Bislang haben im Rahmen der Landarztquote 447 Studierende ihr Studium aufgenommen.“

Philipp Spörlein, Stellv. Pressesprecher, 089 2186 2621

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers

Inhalt Datenschutz Impressum Barrierefreiheit